

## **Haushaltsrede der CDU-Neckartenzlingen zum Haushalt 2023**

**Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Braun,  
Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen Gemeinderäte,  
Sehr geehrte Damen und Herren,  
Werte Vertreter der Presse,**

lassen Sie mich mit einer Provokation beginnen!

Es fällt mir zunehmend schwerer, den alljährlichen Haushaltsentwurf zu kommentieren und ihn dann heute gemeinsam mit Ihnen hier im Gremium als rechtsverbindliche Satzung zu verabschieden.

Aber ein allseits bekanntes Telekommunikationsunternehmen mit seiner medial aufgearbeiteten Botschaft:

*„nett sein lohnt sich...“* hat mich milde gestimmt.

Wer kennt nicht die aktuellen Werbeslogans. In einem Spot fährt ein Familienvater seine Tochter morgens in die Schule und verzweifelt ganz offensichtlich an der grenzenlosen Planungswut, die das von ihm betreute Projekt nicht richtig voranbringt und in weite Ferne rücken lässt.

Man sieht ihn im Spot verzweifelt. Verzweifelt an der

- Vorplanung
- Entwurfsplanung
- Genehmigungsplanung und schließlich an der
- Ausführungsplanung.

Diese Verzweiflung muss doch auch bei uns vorherrschen!?

Ich denke, das ist ein guter Aufhänger für meine diesjährige Haushaltsrede.

Im öffentlich rechtlichen Bereich kommt es nämlich noch viel dicker:

Flächennutzungspläne, Bebauungspläne, Infrastrukturpläne, Quartierskonzepte, naturschutzrechtliche Gutachten, verkehrsrechtliche Gutachten, Lärmgutachten, Architektenwettbewerbe, Bürgerbeteiligungen, Klimaschutz, und so weiter und so fort!

Die Liste, der den jeweiligen Bauvorhaben entgegenstehenden Umstände, ist bei weitem nicht abschließend.

Neueste Hiobsbotschaft hat uns bei unserem Bemühen hinsichtlich der Erstellung eines Bebauungsplans in Bezug auf die Nach- bzw. Innenverdichtung gemäß § 13 b BauGB ereilt.

Auch dieses von uns anfänglich angedachte, weil voraussichtlich schnell durchzusetzende Vorhaben wird wohl wieder ein Projekt, das mit der überbordenden Verwaltungs-Bürokratie zu kämpfen hat.

Ausgang natürlich ungewiss!!

Weitere Beispiele gefällig:

- Sporthalle
- Hochwasserschutz
- Kindergarten-Neubau
- Entwicklung Gewerbegebiet Waidach
- Entwicklung Wohngebiet Gallenäcker

Warum macht mich diese überbordende Verwaltungsbürokratie so wütend!

Es sind nämlich nicht die Verwaltungsbehörden, wie die Landratsämter, die Regierungspräsidien oder die Ministerien, die die Schulen, die Straßen, die Kindergärten, die Parks, die Sportstätten, die kulturellen Angebote und die sonstigen kommunalen Einrichtungen schaffen.

Es sind tatsächlich die Kommunen, wir sind es nämlich, die hier in der Verantwortung stehen und die diese Verantwortung zum Wohle der Bürger auch gerne übernehmen.

Wir wollen und wir sollen gestalten!

Genau deshalb haben die Kommunen von den Grundrecht Vätern das Recht auf Selbstverwaltung zur Seite gestellt bekommen.

In Art 28 Abs. 2 GG ist das ausdrücklich normiert.

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht bedeutet vor allem, dass die Gemeinden im Rahmen des eigenen Wirkungskreises ihre Aufgaben unabhängig und eigenverantwortlich ohne Weisungen von übergeordneten Stellen erfüllen.

Das gilt sowohl für die freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben, als auch für die pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben.

### **Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben sind zum Beispiel:**

- Kulturelle Aufgaben: z.B. Museen, Sportstätten, etc.)
- wirtschaftliche Aufgaben: z.B. Förderung der Wirtschaft durch Ausweisen von Gewerbegebieten, etc.)
- Soziale Aufgaben: z.B. Bau von Pflegeheimen, Altenpflege etc.

## **Pflichtige Selbstaufgaben sind zum Beispiel:**

- Katastrophenschutz: z.B. Hochwasserschutz; Neckar, Erms
- Bau- und Unterhaltung von Schulen und Kindergärten

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt, dass den Kommunen soviel Geld verbleiben, oder gelassen werden muss, dass sie sowohl ihre Pflichtaufgaben, als auch ihre freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben erfüllen können, da diese dem Wohl des Bürgers dienen.

Die Selbstverwaltungsgarantie steht dabei über der Verpflichtung zur Zahlung der FAG-Umlage an den Kreis, bzw. an die übergeordneten Stellen.

Warum führe ich soweit aus?

Neckartenzlingen gehört, zumindest gemessen an der Steuerkraftsumme, zu einer der wohlhabendsten Gemeinden des Landkreises. Vollkommen verkannt wird dabei jedoch, dass die Gemeinde Neckartenzlingen immense Kosten für die pflichtigen Selbstaufgaben zu leisten hat. Wie soeben ausgeführt, sind der Katastrophenschutz (Hochwasserschutz für Neckar und Erms, sowie der Bau und die Unterhaltung von Schulen und Kindergärten unsere ureigensten Pflichtaufgaben.

Für unsere freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben, wie die Realisierung der Sporthalle, die Förderung der Wirtschaft und die Förderung der sozialen Aufgaben (Ganztagsbetreuung) fehlt uns demzufolge schlicht und ergreifend das Geld.

Diese freiwilligen Aufgaben, die wir aus ureigenstem Interesse heraus leisten müssen, und deren Hauptaugenmerk zwingend ist, fällt immer wieder hinten runter.

Wir haben schlicht und ergreifend immer zu wenig Geld, weil uns die übergeordneten Stellen, allen voran das Landratsamt mit der Verpflichtung zur Erbringung der FAG Umlage, die Sahne abschöpft.

Neckartenzlingen wird damit zunehmend unattraktiver, mit der Folge, dass unsere Steuerkraftsumme schwindet und letztlich überhaupt kein Raum und kein Geld für die attraktive Entwicklung unserer Gemeinde verbleibt.

Die Sporthalle, die Sanierung der Steige, die Sanierung unseres Ortskerns. Alles bleibt Wunschdenken und wird, bzw. kann im Investitionsplan allenfalls mit Planungsgeldern bzw. mit ein paar läppischen Euros bedacht werden.

Das kann und darf doch nicht unser Anspruch sein!  
Wir müssen endlich aufwachen.

Unsere Bürgermeisterin scheint sich selbige Fragen zu stellen. Ich zitiere:

Zitat:

„ Können wir Aussagen über zukünftige Projekte mit Sicherheit treffen? Selbst wenn die Steuereinnahmen wieder steigen, ist dies keine Sicherheit um mittelfristig planen zu können.“ Zitat Ende

Es kann doch nicht sein, dass wir in den letzten Jahren trotz enormer noch nie da gewesener Einnahmen alljährlich Millionen von Euros aus unserem Vermögenshaushalt umbuchen müssen, um die Defizite des Ergebnishaushalts auszugleichen. Dieses Jahr ist es wieder ein Fehlbetrag von 3,5 Mio Euro.

Wir geben mehr aus, als wir einnehmen.

Es liegt aber sicherlich nicht an der Einnahmenseite. Noch nie in den letzten 950 Jahren hat die Gemeinde mehr Geld eingenommen, als im letzten Jahrzehnt des Wirtschaftsbooms. Der Ukraine-Konflikt und auch die Corona-Pandemie dienen nicht als Entschuldigung. Schon vor der Corona-Pandemie mussten wir aus unserem Vermögenshaushalt in den defizitären Ergebnishaushalt umbuchen.

Das Problem ist bekannt.

Die Planungs-, Mitbestimmungs- und Regulierungswut der übergeordneten Behörden dauert immense Zeit und bindet auch in unserem Rathaus Personalkapazität. Beschlossene Projekte bleiben in der Planungswut schlicht und ergreifend stecken. Die Kostensteigerung bleibt unausweichlich. Die höheren Einnahmen werden von den Planungskosten und der Inflation aufgeessen.

Ergo: Der Teufelskreis ist perfekt. Nichts geht voran.

Ich zitiere erneut unsere Bürgermeisterin:

Zitat:

„Es kann kein „weiter so“ geben! .... Die Kommunen können an der Basis nicht alles umsetzen, was auf Bundes-oder Landesebene geplant und beschlossen wird. Denn wir sind das letzte Glied in der Kette. Wir sind die Ansprechpartner für unsere Bürgerinnen und Bürger und somit auch das Gegenüber für Frust und Unverständnis.“ Zitat Ende.

Ich schließe mich der Meinung unserer Bürgermeisterin ausdrücklich an.

Der Gemeinde-und Städtetag muss den übergeordneten Behörden, seien es nun die Landratsämter, die Regierungspräsidien und auch den Landesregierungen ein für alle mal deutlich machen, dass wir Kommunen auf das in der Verfassung und dort in Art 28 Abs. 2 GG normierte Recht auf kommunale Selbstbestimmung bestehen.

Wir geben dieses Recht nicht auf. Wir geben dieses Recht auch nicht an übergeordnete Behörden ab. Wir fordern dieses Recht wieder ein!

Und erst wenn wir diese ureigensten Aufgaben zum Wohle unserer Neckartenzlinger Bürger erfüllt haben, können wir uns dann auch weiteren Wünschen öffnen. Nicht jedoch umgekehrt.

Wenn wir das erreichen, sehe ich für Neckartenzlingen eine rosige Zukunft, die auch den künftigen Generationen gerecht wird.

Hierfür fordere ich die Bürgermeisterin, den Gemeinde- und Städtetag und auch das Gremium auf, für eine Abschaffung der FAG-Umlage, für die Abschaffung der Landratsämter und Regierungspräsidien zu werben und zu kämpfen.

Wir können unsere eigenen Belange selber, besser, schneller und letztlich zum Wohle unserer Bürger auch kostengünstiger bewerkstelligen.

Wir dürfen keinesfalls davon ausgehen, dass sich diese verkrusteten planungswütigen und langsamen Verwaltungsbehörden selber hinterfragen oder gar durch eigene Überzeugung selber auflösen, bzw. abschaffen.

Das wird nie passieren.

Das Gegenteil wird passieren.

Die Landratsämter werden immer noch größer.

Das kann man ja mit zunehmendem Baufortschritt an der B 10 beobachten.

Wir als Gemeinde scheinen für den Moment noch machtlos. Aber wir, die Städte und Kommunen müssen die Initiative ergreifen.

Hierfür werbe ich, um in Zukunft hoffentlich einen ausgeglichenen Haushalt mit verabschieden zu dürfen.

Heute bin ich nett, frei nach dem Slogan

*„nett sein lohnt sich“*

Deshalb stimme ich dem Haushalt zu.

Herzlichen Dank

*Johannes Wittrock*